

Rhein- und Bahn-Anzeiger

Amts-Blatt der



Stadt Mastätten.

Der Bezug des dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag und Samstag) erscheinenden „Rhein- und Bahn-Anzeiger“ kostet in Mastätten sowie bei den auswärtigen Agenturen monatlich Mk. 8.—, frei ins Haus durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 24.—. Bestellungen können jederzeit erfolgen.

Abzügen finden im „Rhein- und Bahn-Anzeiger“ weitest Verbreitung und werden die 6-gespaltene Nonpareil-Setzelle oder deren Raum mit Mk. 2.—, die Restzeile mit Mk. 4.— berechnet. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif. Im Falle gerichtlicher Verurteilung fällt jeglicher Rabatt fort.

Gegründet 1878.

Druck und Verlag: Mader'sche Buchdruckerei in Mastätten.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Paul Mader, Mastätten.

Gegründet 1878.

Nr. 54

Mastätten, Dienstag, den 9. Mai 1922

45. Jahrgang

Die letzte Woche.

In Genua sind die diplomatischen Brühlsmahlzeiten und Tagesschaffungen in Permanenz erklärt worden, aber die Erwartung, daß bei einem guten Glase Wein oder einem echten Cognac schneller eine Verständigung über die wichtigsten Fragen sich erzielen lassen werde, als am trockenen Stentisch, hat sich noch nicht erfüllt, und ob überhaupt ein Einigungsfestmahl wird abgehalten werden können, ist zweifelhaft. Das will belegen, daß die großen Absichten Lloyd Georges von einer Konferenz wohl zur anderen verschoben und schließlich die Entscheidung vertagt wird, wie es bisher immer gewesen ist. Vielleicht räumt auch einer der führenden Männer seinen Posten, und sein Nachfolger fängt dann mit den Verhandlungen wieder von vorn an.

Während die Konferenz in einer neuen Plenarsitzung einige theoretische Entschlüsse wirtschaftlichen Charakters angenommen hat, um zu beweisen, daß die teuren Kosten der Versammlung doch nicht umsonst ausgegeben sind, ist der französische erste Delegierte, Barthou, zur Beratung mit seinem Herrn und Meister nach Paris abgereist. Es wird sich in wenigen Tagen zeigen, ob Lloyd Georges Vorschläge wegen eines europäischen Burgfriedens, wegen der neuen Sitzung des Obersten Rates, wegen Deutschlands und Russlands Aussicht auf Berücksichtigung haben, oder man wird Geduld haben müssen, wenn Deutschland nicht etwa die Kosten zu tragen haben wird. Russland steht bedeutend besser da, trotz aller Notenscheiberei ist vorauszu sehen, daß die Entente zuletzt die wesentlichen Moskauer Forderungen erfüllen wird.

Der aus Genua heimgekehrte Reichsfinanzminister Dermes hat in Berlin über die Konferenzangelegenheiten berichtet, nachdem er vorher der Finanzkonferenz in Würzburg beigewohnt hatte. Er konnte dort mitteilen, daß sich die Einnahmen aus den direkten Reichsteuern von 58 auf 90 Milliarden erhöht hätten. Da nun aber für die Erhöhung der Beamtengehälter jetzt wieder 40 Milliarden ausgegeben werden sollen, so ist diese Einnahmesteigerung bereits wieder verbraucht. In der Bevölkerung vermehrt man nachgerade doch sehr stark energische Maßnahmen der Reichsregierung, die Lenkung im Interesse der übrigen Volksteile herabzubringen. Wenn der Reichstag wieder zusammentritt, wird er sich nicht nur mit den hohen politischen Dingen, sondern auch mit den Angelegenheiten der darben den Deutschen ernstlich beschäftigen müssen.

Unter dem Eindruck dieser Zustände hat auch vielfach die Maifester gestanden, die eine geringere Teilnahme als 1921 aufwies. Wo nicht gearbeitet wurde, haben die Arbeiter den freien Tag oft benutzt, ihr Stück Land zu bestellen. Der Wagen ist und bleibt nun einmal der größte Interessensfaktor. Auch im Auslande ist es nicht anders geworden, die Veranstaltungen waren sogar noch mehr in den Hintergrund getreten.

Papst und Bolschewik.

Der russische Volkskommissar Tschitscherin, Minister des Auswärtigen in Moskau, hat von Genua aus, wo er in Folge seiner schlaun und kaltblütigen Energie zu den interessantesten Mitgliedern der dortigen Konferenz gehört, den päpstlichen Stuhl in Rom um einen Empfang durch das Oberhaupt der katholischen Kirche nachgesucht, den Papst Pius XI. bewilligt hat. Unter allen Streitereien in Genua ist das eine wirklich bedeutsame Meldung, die in mehr als einer Beziehung der Welt und den Diplomaten zu denken geben kann.

Man kann sich keinen größeren Gegenstand denken, als den Inhaber des heiligen Stuhles in Rom und den Vertreter der bolschewistischen Regierung in Moskau, die der christlichen Religion und der heutigen Weltanschauung in starker Abneigung, ja direkter Feindschaft gegenübersteht. Der Bolschewismus will die europäische Gesellschaft nicht weniger vernichten, als früher der Islam die christlichen Staaten, und wenn auch Moskau unter der in Russland herrschenden Not seine Angriffslust hat einschränken müssen, so ist ein Ausleich der himmelweit verschiedenen Anschauungen undenkbar. Und einer der ersten Vertreter dieser überrevolutionären Strömung bittet nun den obersten Verwalter christlich-katholischer Weltanschauung und Güter um eine Ausdrucks.

Der Bolschewismus hat die Religion in Russland nicht beseitigen können, er muß also mit ihr rechnen und mit ihr verhandeln. Die katholische Kirche hat in Russland, wenn diesem auch das vorwiegend römisch-katholische Polen verloren gegangen ist, doch noch einen bedeutenden Einfluß, besonders unter den intelligenten Volkskreisen, während die breite Volksmasse der russisch-orthodoxen Kirche folgt. Das Hauptinteresse der Moskauer Regierung an besseren Beziehungen zum Vatikan besteht darin, ein Abkommen und ein Abwandern der russischen Katholiken nach Polen zu verhindern, die durch eine schroffe Stellung zum päpstlichen Stuhle gefördert würden. Mag Tschitscherin seine Bitte nach Rom Ueberwindung gekostet haben, er hat erkannt, daß sie seiner Regierung nur vorteilhaft sein kann, und hat sie daher ausgesprochen. Papst Pius aber hat das Gesuch genehmigt oder wird es erfüllen, falls es noch nicht geschehen ist.

Die politische Rücksichtnahme spricht hier mit, aber es ist die wahre politische Klugheit und nicht diejenige des Vorurteils und der Herrschucht, die sich heute in der Welt in so hohem Maße geltend macht. Es handelt sich hier einmal darum, Wünsche der Bevölkerung zu erfüllen, nicht darum, eine Machtbetätigung über ein Volk zum Ausdruck zu bringen. Der Papst überzieht die weite Welt, die ihn von der bolschewistischen Regierung trennt, er trägt der Lage der Katholiken in Russland Rechnung. Auch dies ist gewissermaßen ein Strich unter die Vergangenheit, und diese Tatsache wird dadurch nicht weniger wertvoll, sondern im Gegenteil bedeutender, daß es sich um die Ertringung von geistigen Gütern für die Zukunft handelt.

Man darf nicht die Begegnung als eine Pflicht ansehen, wie sie die Teilnahme Tschitscherins am Empfang der Diplomaten in Genua durch den König Viktor Emanuel von Italien darstellte, sie ist mehr; wenn auch kein praktisches Resultat für die Welt, so doch ein wirkungsvolles Ereignis. Der Vatikan in Rom hat es verstanden, den Boden zu bearbeiten, der durch solche Begegnungen vorbereitet war. Wir brauchen da nur an den Besuch des deutschen Kronprinzen, des nachmaligen Kaisers Friedrich, in Rom zu erinnern, der der Ära des Kulturkampfes erfreulichere Jahre folgen ließ. Der heutige Papst, der als Mann mit längerer Zeit in Warschau gewohnt hatte und daher die Verhältnisse in Osteuropa kennt, hat zudem bekanntlich in den letzten Tagen eine Friedensmaßnahme an die Konferenz von Genua gerichtet. Der Russe Tschitscherin hat besser als die Westeuropäer verstanden, aus diesem Schritt auch für sich Nutzen zu ziehen. Vielleicht geht es auf diesem Wege auch in einer für Deutschland nützlichen Weise einmal weiter.

Ein neuer Protest Tschitscherins.

Gegen den Ausschluß Russlands aus der Kommission für Arbeiterverträge.

Tschitscherin hat an de Facta folgendes Schreiben gerichtet: „Die Wirtschaftskommission hat ein Spezialkomitee eingesetzt, das die Fragen, die sich auf die Arbeiterverhältnisse beziehen, besonders studieren soll. Der Präsident der Kommission hat selbst herrlich jene Nationen bestimmt, die diesem Komitee angehören sollen. Rußland wurde nicht in die Zahl dieser Nationen eingeschlossen, obwohl Rußland der erste Staat ist, dessen Verfassung und Politik auf den Interessen der Arbeiter basiert ist. Ich sehe mich gezwungen, im Namen der russischen Delegation gegen diese neuartige Methode der Erziehung eines Komitees und gegen den Ausschluß Russlands Protest zu erheben.“

Kapallo und Reparation.

Richtige Einwände der Reparationskommission.

Die Note der Reparationskommission über den Vertrag von Rapallo ist nunmehr der Reichsregierung überreicht worden. Trotz eifrigsten Mühe und Suchens vermochte sie nur folgende richtige Einwände gegen den Rapallovertrag zu finden, über die es in der Note heißt: „Im Artikel 2 des Vertrages von Rapallo verzichtet die deutsche Regierung auf alle Ansprüche bezüglich der Anwendung der Gesetze und Maßnahmen der Sowjetrepublik, welche die deutschen Reichsangehörigen, ihre privaten Rechte, die Rechte des Reiches oder die der deutschen Länder betreffen haben. Die Reparationskom-

mission bemerkt dabei, daß die deutsche Regierung nicht auf Rechte verzichten kann, welche von dieser Regierung auf die Reparationskommission gemäß Art. 260 des Vertrages von Versailles übertragen worden sind oder übertragen werden müssen. Um jeden Zweifel in dieser Beziehung auszuschließen, bittet die Reparationskommission die deutsche Regierung, ihr dies zu bestätigen.“

Die Kommission glaubt sich an der Annahme berechtigt, daß für das Budget des Reiches keine neue Belastung infolge des Vertrages geplant ist und sie wäre für ausdrückliche Versicherungen über diesen Punkt dankbar.

Bei voller Anerkennung der Anstrengungen, die die deutsche Regierung zur Mitwirkung am wirtschaftlichen Wiederaufbau Russlands und zur Wiederherstellung normaler Handelsbeziehungen zwischen Rußland und Deutschland zu machen beabsichtigt, hält es die Kommission doch für ihre Pflicht, darüber zu machen, daß alle möglichen Garantien geschaffen werden, damit nicht die von Deutschland übernommenen Verpflichtungen die ordnungsmäßige Ausführung der Verpflichtungen beeinträchtigen, die der Vertrag von Versailles ihm gegenüber den alliierten Mächten auferlegt hat.

Die Kommission behält sich das Recht vor, von Zeit zu Zeit die Wirkungen zu überprüfen, die sich aus der Durchführung des Vertrages von Rapallo ergeben und alle Maßnahmen zu treffen, welche die Verhältnisse wünschenswert erscheinen lassen sollten, um ihre Vorrechte und die Interessen der genannten Mächte zu schützen. — Dieser ganzen langen Rede kurzer Sinn ist einfach der: Die Reparationskommission vermag keine sachlichen Einwände gegen den Vertrag von Rapallo zu finden, d. h.: der deutsch-russische Vertrag widerspricht keinem der bestehenden Friedensverträge und ist vollkommen rechtmäßig.

Die Last der Reparationen.

226 Milliarden Reparationskosten für 1922.

Bei der Beratung des Etats der allgemeinen Finanzverwaltung im Reichsrat wurden von der Reichsregierung einige Änderungen für notwendig erklärt. Die Regierung glaubt, auf Grund neuer Veranschlagungen aus den neuen Steuergesetzen nicht nur 40 Milliarden erwarten zu dürfen, sondern insgesamt 2 und 50 Milliarden. Den Mehreinnahmen treten Mehrausgaben von 5,2 Milliarden gegenüber. Der verbleibende Rest soll insbesondere dazu dienen, die Bezüge der Militärentenempfänger und der Sozialrentner aufzubessern. Der beim Etat der allgemeinen Finanzverwaltung veranschlagte Ueberschuß von 16,5 Milliarden bleibt unangehastet.

Der Reichsratsausschuß erklärte sich mit diesen Änderungen einverstanden, ebenso mit Abänderungen, die in dem Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrages für das Rechnungsjahr 1922 unter Berücksichtigung der Note der Reparationskommission erforderlich geworden sind. Nach der Entscheidung der Reparationskommission waren zu leisten für 1922 720 Millionen Goldmark in bar und 54 Millionen in Sozialleistungen. Nach dem Umrechnungsfuß 1:70 stellt sich der

Reparationsetat auf 141,9 Milliarden Papiermark

für diese 720 Millionen Goldmark. Durch Hinzurechnung der übrigen Reparationslasten, die zum Teil auch noch wegen der Geldentwertung steigen, erhöht sich der Etat insgesamt auf 226,4 Milliarden.

Dieser stehen als Deckung gegenüber lediglich 16,5 Milliarden aus dem Etat der allgemeinen Reichsverwaltung. Rechnet man den Ertrag der Zwangsanleihe nach dem Umrechnungsfuß von 1:70 zu 70 Milliarden Papier, so bleiben immer noch trotz des Steuerkompromisses und des Proratoriums 189,9 Milliarden beim Reparationsetat ungedeckt. Damit erschöpft sich aber der gesamte Fehlbetrag des Etats noch nicht, sondern es kommt dazu der Ueberschußbedarf der beiden Betriebsverwaltungen im Betrage von 28 Milliarden, so daß ein

Gesamtschuldbetrag von 162,9 Milliarden verbleibt. Wie es möglich sein soll, laßt der Berichtsfasser, angesichts der Finanzlage der Notenpresse Einhalt zu tun, dafür fehlt jeder Anhalt.

Das Drama vom 9. November.

Aus den Erinnerungen des Kronprinzen. Kronprinz Wilhelm vollendete an diesem Sonnabend in der Verbannung in Bieringen sein 10. Lebensjahr. In diesen Tagen erscheinen auch in der bekannten Cottaschen Buchhandlung seine Erinnerungen, in denen er u. a. auch seine Erlebnisse an jenem folgenschweren 9. November schildert, die ihn schließlich in die Verbannung geführt haben, in der er jetzt fast 3 1/2 Jahre weilt.

Am 8. November 1918 abends erhielt der Kronprinz unerwartet und ohne ein Wort der Begründung den Befehl des Kaisers, sich am 9. November in Spa zu melden. Er eilte sofort nach dem kaiserlichen Hauptquartier, wo ihn zunächst sein in Spa bereits anwesender Stabschef Graf Schulenburg über die vergangenen Tage informierte. General Groener, der Nachfolger Ludendorffs, hatte dem Kaiser die Lage von Tag zu Tag schwarzer geschildert und unausgesprochen hätte in seinen Berichten immer deutlicher die Aufforderung nach Abdankung des Kaisers geäußert. General Groeners pessimistische Schilderungen fanden eine Stütze in den sich überfliegenden telephonischen Nachrichten aus der Reichskanzlei, die immer wieder die Forderung auf Ab-

ankunft

stellten. Der Kaiser wollte sich trotz alledem nicht zu der Ansicht Groeners bekennen und forderte eine schriftliche Meldung Hindenburgs und Groeners, die sich auf das Urteil aller Armeeführer stützen müßte. Groener habe brüskt abtunend nur erklärt:

„Das Heer wird unter seinen Führern und kommandierenden Generalen geschlossen und in Ordnung in die Heimat zurückmarschieren, aber nicht unter der Führung Eurer Majestät!“

Man kam dann auf die Abdankungsfrage selbst zu sprechen, und Graf Schulenburg wies darauf hin, daß es sich im äußersten Falle nur um die Abdankung des deutschen Kaisers, niemals aber um einen Thronverzicht des Königs von Preußen handeln dürfe. Der Kaiser versicherte hierauf, daß er

unter allen Umständen König von Preußen und als solcher das Heer nicht verlassen werde. Auch Hindenburg bekannte sich zu dieser Auffassung, General Groener blieb aber skeptisch ablehnend.

Jetzt kam der Kronprinz hinzu. In erschütternder Weise schildert er diese Begegnung mit dem Kaiser und der kleinen Gruppe ernster, grau gekleideter Männer in dem herrschaftlichen Garten. Der Kaiser eilte sofort auf seinen Sohn zu und in überstürzten, sich überprüfenden Worten gab es ihm rückhaltlos ein Bild der Lage, das den Kronprinzen tief in das Bild einer aushaltlosigkeit und Aufspaltung des Willens und der Kräfte drohenden Katastrophe blicken ließ.

Unterdessen trafen immer neue Globusbotschaften ein.

Oberst Heyn kam von einer über den Kopf des Armeekommandos hinweg einberufenen Versammlung von Frontoffizieren, die die Frage, ob man sich auf die Truppen verlassen konnte, verneint hätte. Auf den Widerspruch des Grafen Schulenburg antwortete Groener: „Fahnenweib, Kriegsherr? Das sind schließlich Worte — das ist am Ende bloß eine Idee.“

Neue dringende Telegramme des Reichskanzlers trafen ein, der Kaiser suchte Stütze bei seiner Umgebung. Doch alles stand schweigend um ihn, der Generalfeldmarschall, der fast gar nicht eingegriffen hatte, stand still, tief erschüttert, in ausweglosem Schweigen und ließ das Schicksal seines Königs und Herrn, dem er so lange treu und tapfer als Soldat gedient hatte, sich erfüllen. Allein war der Kaiser. Nicht einer mehr von all den Männern der D. S. L., die einst von Ludendorff zu einer festen Einheit zusammengegeschlossen worden waren, trat jetzt zu ihm und sprach ihm bei. ... Jetzt herrschte General Groeners Wut, und das gab den Kaiser mit einem Aufschluden auf.“

Da gab der Kaiser dem Staatssekretär v. Sinsse den Auftrag, dem Reichskanzler zu telephonieren, daß er bereit sei, die Kaiserkrone niederzulegen, wenn nur dadurch der allge-

meine Bürgerkrieg in Deutschland zu vermeiden sei, daß er aber König von Preußen bleibe und sein Ober nicht verlassen werde.

Generaloberst v. Pflessen, Staatssekretär v. Dingeldey und die Generale von Marschall und Graf Schulenburg erhielten den Befehl, diese Entscheidung kritisch zu formulieren.

Die Eigenmächtigkeit des Prinzen Max. Man ging dann zum Frühstück. Erschütternd wirkt die Schilderung des Kronprinzen von dieser Mahlzeit, die wie ein grauenvolles Totenmahl war. Mithin wurde der Kaiser herausgerufen. Nach wenigen Minuten rief man den Kronprinzen zu seinem Vater, den er seelisch aufs tiefste erschütterte.

Dem Kaiser war soeben die Mitteilung des Reichskanzleramtes zugegangen, daß eine Volkstafel über seine Abdankung als Kaiser und als König von Preußen und gleichzeitig über meine Verzichtserklärung im gleichen Umfange vom Prinzen Max von Baden, ohne daß der Prinz die Erklärung des Kaisers abgewartet hätte, über unsere Köpfe weg ausgesprochen und durch das Wolffsche Telegraphenbureau verbreitet sei — daß der Prinz als Reichskanzler zurückgetreten sei und zum Reichsverweser ernannt und der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Ebert nunmehr Reichskanzler sei.

Dies war dem Staatssekretär v. Hingel von Berlin aus mitgeteilt worden, als er den Entschluß des Kaisers durchtelefonierte. Hingel hatte sofort entschiedene Proteste erhoben gegen diese ohne Ermächtigung des Kaisers erfolgte Bekanntgabe, die den Entschlüssen Seiner Majestät in keiner Weise entspreche, und hatte wiederholt den Reichskanzler persönlich zu sprechen verlangt. Prinz Max von Baden war dann an das Telefon gekommen, hatte sich auf Hingels Anfrage zu der eigenmächtigen Verfügung und verbreiteten Erklärung bekannt und erklärte, daß er für sie eintrete.

Das erregte bei der Umgebung des Kaisers große Empörung. Der Kronprinz und Graf Schulenburg drangen in den Kaiser, fest zu bleiben. Der Kronprinz erbot sich, an der Spitze seiner Heeresgruppe die Revolution niederzuwerfen und zunächst in Köln geordnete Zustände wiederherzustellen. Der Kaiser lehnte es aber ab, er wolle keinen Krieg von Deutschen gegen Deutsche.

Schließlich — so schließt dann die Darstellung des Kronprinzen ab — erklärte er aber wiederholt und mit großer Bestimmtheit, daß er bei seinem Entschlusse, eventuell nur als Kaiser abzutreten, verharre, daß er König von Preußen bleibe und als solcher die Truppen hier nicht verlassen werde.

Zur Not beruhigt durch diese fest wirkende Stimmung meines Vaters, der nun einen klaren Weg durch all diese Wirrnisse und Erschütterungen vor sich zu sehen schien, verabschiedete ich mich von ihm — meine Pflichten als Oberbefehlshaber riefen mich in das Hauptquartier nach Weiskalm.

Ich ahnte nicht, als ich beim Scheiden seine Hand in der meinen hielt — daß ich ihn erst nach Jahresfrist in Holland wiedersehen sollte.

Eine Bismarck-Erinnerung.

Bismarck und die Lucca. Mag auch der eiserne Kanzler in seinem Wesen als Staatsmann gegenüber seinen Gegnern und oft sogar in den Verhandlungen mit seinen Freunden einer der rücksichtslosesten Realpolitiker gewesen sein, die es je gegeben hat, im Verkehr mit Damen und in Angelegenheiten gegenüber den Frauen war er ein Edelmann im wahren Sinne des Wortes. Dabei vor allem auch ohne jeden Anstrich von Fränklichkeit, fader und abgeschmackter Galanterie und frei von Kurzhinberei, die in Liebeleien ihren Triumph erblickt. Dennoch sah Bismarck gern junge und schöne Frauen um sich, und sie waren selbst bei den berühmtesten gewordenen parlamentarischen Plenarabenden nicht ausgeschlossen. Auch die Künstlerinnen, die schon so manchem Staatsmann gefährlich geworden sind konnten ihm nichts anhaben.

Und doch kam er einmal durch eine Sängerin ins Veredel; durch Pauline Lucca, für die auch der alte Kaiser so viel Verehrung bezugte. Sie stand gerade auf der Höhe ihres Ruhmes, als sie sich im Sommer 1865 zu gleicher Zeit wie Bismarck in Jülich befand. Beide waren sich von Berlin her natürlich keine Unbekannten, und so stand sie eines Tages gerade vor dem Hotel „Elisabeth“, wo Bismarck wohnte, als er heraustrat, und, sie erkennend, auf sie zu schritt, um ihr freundlich überrascht die Hand zu schütteln.

„Exzellenz“, bat die Lucca, „kommen's halt mit, P' muß zum Photographen.“ Darauf Bismarck: „Ich kann nicht, ich erwarte Depeschen.“ „Gehen's, Exzellenz, Sie können die Depeschen später lesen“, bat die kleine, reizende Lucca im angeborenen Wiener Dialekt, dabei den Staatsmann mit ihren sprichwörtlich gewordenen „Lucca-Augen“ schmachend anblickend. Es half tatsächlich kein Widerstreben. Bismarck aina mit arm

Photographen und ließ sich dort nach der Lucca aufnehmen.

Plötzlich sprang die kleine Sängerin, der stets der Schelm im Nacken sah, auf und rief: „Exzellenz, eine superbe Idee! Die wärs, wenn wir uns zusammen photographieren ließen?“ Bismarck dachte sich nichts Schlimmes dabei. Er lächelte, und der Photograph ging ans Werk.

Nach einigen Tagen war das Bild, auf dem der berühmte Staatsmann und die berühmte Sängerin zusammen zu sehen waren, fast in Jedermanns Händen, und ganz Jülich sprach von weiter nichts, als vom Bilde Bismarcks und der Lucca. Gerade deshalb aber hielten es beide für angebracht, das Bild aus dem Kunsthandel verschwinden zu lassen, und so mußte sich der Photograph, der bisher ein glänzendes Geschäft gemacht hatte, verpflichten, seine weiteren Abzüge mehr herzustellen.

Die Deutschen in Siebenbürgen.

Der sächsische Bauer in Siebenbürgen hat sich von seiner altgermanischen Selbstregierung vieles bis auf den heutigen Tag bewahrt, vor allem seine Organisation in Bruderschaften und Nachbarschaften, die man in jedem Dorf vorfindet. Die Bruderschaft vereinigt alle konfirmierten Jurschen bis zur Verheiratung zu einem Bruderbund mit selbständiger Ordnung der eigenen Angelegenheiten, mit eigenen Beamten, die das gesamte Leben der Brüder außer dem Hause beaufsichtigen, Streitigkeiten schlichten, Recht sprechen und strafen. Althergebracht sind bei allen Vorgängen Rede und Gegengrede.

Der Altknecht ist das Haupt der Bruderschaft; er leitet die Versammlungen, spricht das Urteil beim „Zugang“, wie das Gericht der Bruderschaft heißt, führt den Reigen beim Tanze usw. Soll die Bruderschaft zum Abendmahl gehen, so hält sie vorher „Veröhnabend“. Dabei bitten sie sich gegenseitig um Verzeihung, voran der Altknecht, damit sie würdig das heilige Abendmahl feiern.

Heiratet ein Bruder, so tritt er aus der Bruderschaft in die Nachbarschaft ein. An der Spitze dieser Genossenschaft steht der Nachbarvater; die Artikel, oft uralt in ihren Grundlagen, bestimmen Rechte und Pflichten der Genossen. Der Zweck der Vereiniung ist gegenseitige Hilfeleistung in Freund und Feind. Aufrechterhaltung der öffentlichen bürgerlichen Ordnung und Sicherheit, Pflege der sittlichen Wohlstandigkeit und des kirchlichen Sinnes in der Gemeinde. In altgermanischer Weise ruft das „Nachbarzeichen“ den Nachbar zu Gericht und Versammlung, im Feiertagskleide schreiten sie zum „Sittag“, und durch ein gemeinschaftliches frohes Mahl wird der Mittwoch nachher gefeiert. Die Hilfe aber, die die Genossenschaft dem Einzelnen gewährt und gewährt in allen Fällen, so oft der Genosse etwas Schweres zu heben hat, so ihm allein zu schwer ist, es möge sein, was es wolle, zu Ehren, Freud oder Bekümmernis, ist so bedeutend, daß, wer aus der Nachbarschaft übles Verhalten wegen ausgestoßen wird, dem Geächteten gleich; es ist, wie die Artikel sagen, so viel „als des Brunnens, des Bachhauses, des Feuers und der eigenen Feuerstelle entbehren müssen“.

Arbeitermangel auf dem Lande.

In der Tagespresse wurde wiederholt das Inkraftbleiben der Verordnung zur Behebung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft (vom 16. 8. 19) behauptet. Dies trifft leider nicht zu. Sie gehört vielmehr nicht zu den Demobilisationsbestimmungen, die über den ursprünglich vorgesehenen Termin, den 31. 8. 22, hinaus verlängert worden sind, und ist mit dem 1. April 1922 außer Kraft getreten. Wenn ihre Bestimmungen auch nicht immer den beabsichtigten Zweck erreichten, weil sie von den Behörden zu wenig beachtet wurden, so ließ sich mit ihrer Hilfe doch wenigstens in Einzelfällen die Einstellung landwirtschaftlicher Arbeiter in industriellen Betrieben verhindern oder ihre Wiederentlassung aus diesen durchsetzen.

Die Nichtverlängerung der Verordnung kennzeichnet im übrigen treffend die beläufige schon grundsätzliche Nichtachtung der Landwirtschaft und ihrer Belange im neuen Deutschland. Die Organisationen der Landwirtschaft hatten einmütig bereits vor Monaten die Verlängerung der Verordnung bis zum Erlaß eines neuen zweckentsprechenden Reichsgesetzes beantragt und der Reichsrat hatte die Verordnung vom 16. 8. 19 auf die Liste der Demobilisationsverordnungen gesetzt, deren Gültigkeit bis zum 31. Oktober 1922 verlängert worden ist. Im Reichstag sprach sich jedoch der Abgeordnete Georg Schmidt, Vorsitzender des Landarbeiterverbandes, gegen die Verordnung aus und damit wurde sie gestrichen.

Die Ursachen der Zuckernot.

Schon seit Wochen ist der Zucker so gut wie vollständig vom Markt verschwunden; sehnsüchtig erwarten die Verbraucher die nächste Freigabe, die Anfang Mai erfolgen dürfte. Um vor Enttäuschungen bewahrt zu bleiben, muß ihnen schon jetzt gesagt werden, daß die Belieferung während der laufenden Kampagne nur recht knapp ausfallen wird, weil für die 5 Monate bis zur Verarbeitung der neuen Ernte nur noch etwa ein Drittel der Erzeugung von 1921-22 zur Verfügung steht, nachdem bereits für den Zeitraum Oktober-Dezember 1921 ein Drittel zur Verteilung aelanat ist.

Auf Grund der statistischen Unterlagen brauchte kein Zuckermanual vorherrschend zu sein; allerdings könnte auf den Kopf der Bevölkerung eine ebenso große Menge entfallen, wie während der letzten Vorkriegsjahre verbraucht ist, d. h. etwa 40 Pfund jährlich. Daß dies nicht der Fall ist, muß in erster Linie auf die Mißstände zurückgeführt werden, die sich in den Zuckerböden eingeschlichen haben. Neue parasitären Erntezinsen, die während der unheimlichen Zwangsverwirtschaftung des Zuckers geschoben, geschleichenhandelt und angewuchert haben, setzen nach der Aufhebung der Zwangsverwirtschaftung ihr unsauberes Gewerbe fort — nach außen hin als Großhändler, in Wirklichkeit aber als gewissenlose Spekulant, indem sie den ihnen zugeteilten Zucker grobenteils einlagern in der untrüglichen Voraussetzung, daß dem Zuge der Zeit folgend auch der Zucker seine Preissteigerung fortsetzen werde.

Nach übereinstimmender Ansicht namhafter Sachverständiger könnte die Zuckernot wesentlich gemildert werden, wenn es gelänge, die eingelagerten, versteckten Vorräte ans Tageslicht zu fördern und zur Verteilung zu bringen.

Sodann ist zu berücksichtigen, daß die Schokoladen-, Konerven- und Vikorfabriken erheblich vermehrte Mengen an Zucker beanspruchen. Da sie sich in der allfälligen Lage befinden, Ueberpreise bezahlen zu können, gelangt es ihnen in der Regel leicht, die gewünschten Mengen zu erhalten. Gegenüber dem Bedarf der Schokoladen-, Konerven- und Vikorfabriken fällt der Winger kaum ins Gewicht.

Schließlich haben aber auch zahlreiche Privatleute, bei denen Geld keine Rolle spielt, gewisse Gelegenheiten benutzt, um Zucker für weite Sicht einzuharnstern. Erleichtert wurde ihnen dies auch durch die Gepflogenheiten mancher Kleinhandlente, Zucker möglichst nur an Kunden abzugeben, die gleichzeitig andere Bedarfsgegenstände zu kaufen sich bereit erklären. Andererseits muß aber betont werden, daß die meisten Kleinhandlente redlich bemüht sind, ihre Kundenschaft möglichst gleichmäßig zu verlorgen.

Die Zuckerpriese sind seit dem Oktober vorigen Jahres zweimal erhöht worden, und zwar zuerst von 3,50 auf 5 und sodann von 5 auf 6,50 Mark für ein Pfund, Frachtbasis Magdeburg. Dazu kommt für den Verbraucher ein Aufschlag von 2-2,50 Mark, so daß der normale Preis zurzeit mit 9 Mark bemessen werden könnte. Tatsächlich ist für diesen Preis Zucker jetzt nirgends erhältlich.

In landwirtschaftlichen Kreisen ist die Entrüstung über den „Zuckerskandal“ nicht geringer wie bei den städtischen Kleinverbraachern. So berichtet u. a. der „Reichs-Landbund“ (Nr. 16 v. 22. 4. 22): „Das alles, trotzdem die amtliche Zwangswirtschaft für Zucker längst ihr Ende erreicht hat, und zwar dank der durch die „Zuckerwirtschaftsstelle“ geschaffenen privaten Zwangswirtschaft! Gegen diese Politik der Zuckerwirtschaftsstelle werden mit vollem Recht die heftigsten Angriffe gerichtet. Bedauerlich ist dabei nur, wenn über das Ziel hinausgeschossen wird, nämlich auf die Urproduzentin, die rübenbauende Landwirtschaft, die mit diesen Manipulationen nicht das geringste zu tun hat! Der Landwirtschaft und ihren Vertretungen liegt nichts ferner, als diese Praktiken irgendetwas zu vertreten, noch gar beschönigen zu wollen.“

Im Bäckerladen.

(Erlaushtes aus Berlin-N. - Kölln.)

„Gut' Tag, Frau Berger! Wat mach'n Sie denn?“ „Tag ooch, Frau Scholz'n! 'N Brot ha'ic jefooft!“ „Uff Marken?“ „Nee, 'n freies.“ „Nu! Dat's aber teuer!“ „Wat denn? Es kost' i doch allens fast een Feld!“ „Det schon, aber 't Markenbrot is doch man 'n Stärken länger — wat se dann de Liebesgabe von un're Landwirtschaft nennen. Wasteh'n Se?“ „Na, vüle Liebe wird da nich dabei sind!“

„Bel de Bauern lang jesh nicht...“ „Un bei mich ooch nicht! Dat ic for so 'n Bippel mir soll uff'n Rathaus stundenlang de Beene in'n Leib steben...!... 'n Schande is et!... Wasteh'n Se?“ „Un da se uff'n Rathaus for so'n Quart noch immer det troke Personal halten, wat een' bloß anirobt, wenn ma unbeduldig wird... wo wir man doch ooch all bezahl'n müssen mit unsern Steuern... 'n Affenshände is et — 'ne Affenshände...!“

Preussischer Landtag.

— Berlin, 5. Mai 1922. Schupodebatte. — Neue kommunistische Mitteilungen.

Die gestern mit so großem Standal angefangene Debatte über die Berliner Demonstration wird heute mit ihr die Verhältnisse dieses Hauses zunächst „nur geringem“ Lärm fortgesetzt. Zuerst spricht der Sozialdemokrat Krüger-Potsdam, der die Vorkommnisse bedauert. Die Schuld trage aber nicht die Polizei, sondern die kommunistischen Heber.

Für das Zentrum gibt der Abg. Fahnender eine Erklärung ab, die die Demonstration und den Streik verurteilt. In gleichem Sinne äußert sich der Demokrat Dr. Hartmann, der die Notwendigkeit einer starken Polizei und ihr Recht, sich zu wehren, betont.

Natürlich werden diese Erklärungen von der ganz linken Seite nicht hinhingenommen. Ungefähr ein halbes Dutzend Ordnungsrufe werden unter die Kommunisten ausgeteilt. Der Abg. Helari läßt als das Haus den Schluß der Besprechung beschließen. Der Präsident stellt hierauf unter allgemeiner Entrüstung fest, daß der Kommunist Raab zu dem ältesten Mitglied des Hauses, dem großen Zentrumsgenerierten Herr o. b. gelangt hat: „Wenn Sie nicht ein lo alter Herr wären, be'amen Sie von mir ein paar Ohrfeigen!“ Der Präsident erklärt hierzu unter lebhaftem Beifall, die Art des Herrn Raab sei so niedrig, daß ein Ordnungsruf dafür noch eine Ehre bedeuten würde. Herr Raab hat demgegenüber noch die Stirn, daß seine Neuhierung nach Lage der Dinge noch sehr milde ge-wiesen sei.

Die zu der nunmehr abgeschlossenen Besprechung gehörigen Anträge werden an Ausschüsse verwiesen.

Hierauf wird die gemeinsame Besprechung der Gesetze über das Kirchenregiment im Bezirk Wiesbaden, der Provinz Hannover und Frankfurt a. M. fortgesetzt.

Der deutschnationale Pfarrer Ritter tritt für die evangelische Kirche ein. Der U-Sozialist Kleinspehn angegriffen hatte.

Der Entwurf wird nach weiterer kurzer Aussprache angenommen, ebenso der Entwurf zur Ueberleitung des Reichsstaftandes in Oberschlesien und das Gesetz über die Beteiligung Preußens an den Ostpreußen-Werken. Einige kleinere Entwürfe werden ohne Debatte angenommen. Dann vertagt man sich auf Sonnabend 11 Uhr.

Deutsches Reich.

Politischer Generalstreik in Berlin. Die städtischen Arbeiter der Stadt Berlin traten am Donnerstag in einen vierundzwanzigstündigen Demonstrationsstreik, so daß die Stadt ohne Gas und elektrischen Strom, großenteils auch ohne Wasser und (selbstverständlich) auch ohne Straßenbahnverkehr war. Die Notstandsarbeiten sollten zwar geleistet werden, doch haperte es damit beträchtlich. Die Technische Nothilfe wurde nicht eingesetzt, weil der Streik ja „nur auf 24 Stunden begrenzt war!“ Grund

Streiks: Das provokatorische Verhalten der Schupo bei den Demonstrationen am 2. Mai und die „ungenügenden“ Erklärungen des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Richter. Am Dienstag kam es vor dem Berliner Rathaus zu Massendemonstrationen, und da die Menge eine immer drohendere Haltung annahm, blieb den geringen Polizeikräften, die das Rathaus zu schützen hatten, nichts anderes übrig, als mit blanker Waffe vorzugehen. Hierbei wurden einige Arbeiter verletzt, im ganzen zwei davon waren eine kurze Zeit im Krankenhaus. Die radikalen Schreier machten hieraus natürlich ein „scheußliches Blutbad“, sprachen von „Arbeitermorden“ usw. Trotzdem die amtliche Untersuchung zweifelsfrei ergeben hatte, daß die Polizei die äußerste Geduld und Selbstbeherrschung geübt hatte und streng korrekt vorgegangen war, wurden die beiden verantwortlichen Polizeihauptleute zunächst zur Disposition gestellt. Diese Maßnahme und die beruhigenden Erklärungen des Polizeipräsidenten waren aber der Streiklösung nicht genügend: „Da rast der See und will sein Opfer haben!“

Sturz des braunschweigischen Ministeriums. Die Debatte im braunschweigischen Landtag über den Bericht des Untersuchungsausschusses endete mit dem Sturz des Ministeriums. Das beantragte Vertrauensvotum wurde mit 30 gegen 29 Stimmen abgelehnt. Gegen das Vertrauensvotum stimmten sämtliche Bürgerlichen, den Ausschlag aber gab die Stimme Der ters, der gleichfalls gegen das Ministerium stimmte. Darauf trat das Ministerium zurück, es führt die Geschäfte bis zur Bildung einer neuen Regierung weiter. In büraerlichen Kreisen hofft man, daß die neue Regierung auf der Grundlage der großen Koalition aufgebaut wird.

Stürmische Sitzung des Preussischen Landtages am Donnerstag. In der Landtagssitzung am Donnerstag, an dem Tage, an dem die städtischen Arbeiter Berlins einen Streik wegen der Ausschreitungen vor dem Rathaus inszenierten, ging es — milde ausgedrückt — recht unruhig für ein Volksparlament zu. Geiprochen wurde über die Demonstration der Arbeiter vor dem Berliner Rathaus und deren „blutigen“ Folgen, wenn man bei einigen Leichtverletzten überhaupt von „blutia“ sprechen kann. Die Landtagssitzung wurde schon kurz zu Beginn durch das Verhalten der linksradikalen gestört. Der Führer der Berliner Schupo, Oberst Kaupisch, erschien im Saale, um die Beratung der ihn doch in erster Linie berührenden Angelegenheiten mit anzuhören. Die Kommunisten stürzten sich jedoch mit den Aulen „Kaus!“ „Blutund!“ auf den Polizeioffizier und zwei „Genossen“ griffen ihn sogar tätlich an, so daß der Präsident die stürmische Sitzung unterbrechen mußte. Als dann das Haus wieder ruhiger geworden war, nahm der Minister des Innern, Seering, immer von stürmischen Zwischenrufen der äußersten Linken unterbrochen, das Wort. Gegenüber den unberechtigten Angriffen auf die Polizei wegen ihres Eingreifens am Berliner Rathaus teilte der Minister u. a. mit, daß er erst kürzlich die höchste Anerkennung für seine polizeilichen Maßnahmen von dem — Sowjetmann Tschitscherin bekommen habe. Der Minister filate hinzu, auf deutschem Boden soll jeder

den Schul der Volksschule, ob er nun Russen oder Deutschen ist. Am Schluss der städtischen Sitzung beantragte Abg. v. O. G. v. E. (D. Vp.) seinen Antrag, um das Berliner Rathaus, wie auch um die Rathhäuser anderer Großstädte, eine Danneille zu schaffen.

Die Erhöhung der Beamtengehälter. Am Beamtenauschuss des Reichstages gab Ministerialdirektor v. Schlieben eine Erklärung über den Stand der Befolgungsfragen ab. Er erinnerte daran, daß im Februar bei Aufstellung des letzten Entwurfs zur Änderung der Befoldungsordnung die Reichsindexziffer 1929 betrug. Bei Verabschiedung der Vorlage im März war sie auf 2302 gestiegen, und das Ergebnis für April dürfte eine Indexziffer von 2800 ergeben. Diese Preissteigerung zwingt zu schneller Erhöhung der Beamtengehälter. Der Redner berichtigte über die bekannten Forderungen der Spitzenorganisationen, lehnt sie wegen ihrer nivellierenden Wirkungen ab und betont, daß eine Annäherung auf mittlerer Stufe fast erreicht worden sei. Bedauerlicherweise sei dennoch eine Einigung mit den Spitzenorganisationen nicht zu erreichen gewesen. Die Reichsregierung sei in Uebereinstimmung mit den Ländern nach wie vor bereit, zu den bisherigen Beschlüssen einen allgemeinen Zuschlag von 35 Prozent und einen Zuschlag auf die ersten 10.000 Mark von 25 Prozent zu geben, so daß insgesamt 65 Prozent zu zahlen wären.

Das Gelsepprogramm Hindenburgs durch Spreußen nicht mehr fest. Hindenburg wird am 24. Mai in Allenstein einreisen und am Nachmittag nach Oberode begeben. Ferner sind u. a. vorgehene Besuche in Marienburg am 31. Mai und in Königsberg Anfang Juni. Reichskanzler Dr. Brüch und Reichsaussenminister Dr. Rathenau hatten am Donnerstag eine längere Besprechung mit Lloyd George. Am Mittwoch Abend fand im Quartier der deutschen Delegation ein Bankett zu Ehren de Facto und Chanzlers statt.

Ausland.

Ungarn.

s Existenzfragen für die Kaiserin Zita. Die Kaiserin Zita soll in einem, der Königin-Mutter Christine gehörigen Schloß in der Nähe von Madrid vorläufig Aufenthalt nehmen. Die Kaiserin hat die Einladung des Königs von Spanien angenommen, jedoch den Wunsch geäußert, der König möge seinen Einfluß dahin geltend machen, daß auch der Reichnam des Erzkaifers, der in Funchal provisorisch beigelegt wurde, in einem ihr und ihren Kindern leichter zugänglichen Orte begraben werde. Königin Alfons von Spanien hat sich bereits an die Könige von England und Italien, sowie an den Präsidenten der französischen Republik, Millerand, mit dem Ersuchen gewandt, der Vorkonferenz nahe zu legen, daß man die finanziellen und persönlichen Angelegenheiten der Hinterbliebenen des Erzkaifers dort so schnell wie möglich realisiere. Die Vorkonferenz hat erklärt, daß eine Anfristung der in den Nachfolgestaaten befindlichen früheren Besitztümer Karls erfolge, um dadurch eine Ueberbrückung über den Nachlaß des Erzkaifers und die Ertragsfähigkeit zu gewinnen. Die tschechoslowakische und die jugoslawische Regierung nehmen einen ablehnenden Standpunkt bezügliche der Zahlung einer Apanlage für die Hinterbliebenen ein, während sich die ungarische Regierung zu einer entsprechenden Geldleistung bereit erklärt.

England.

Neue Schlapp der irischen Aufständischen. Die Truppen des irischen Freistaates haben in Kilfenny weitere Erfolge gegen die Irregulären davongetragen. Die Truppen eroberten nach dem offiziellen Bericht fast die ganze Stadt. Ueber 100 Irreguläre wurden mit ihren Waffen und Ausrüstungsgegenständen gefangen. Auf der Kathedrale sichten die Meuterer nach wildem Gewehrfire die weiße Fahne und die Beflagung wurde gefangen genommen.

Italien.

Denkmal italienische Finanzverhandlungen. Wie die „Stampa“ erzählt, schwebt zwischen Deutschland und Italien finanzielle Verhandlungen in Unruhe. Die Verhandlungen haben nach dem genannten Blatt den Zweck, eine französisch-deutsche finanzielle Entente herzustellen. Es soll von einer vorläufigen Lösung des Reparationsproblems gesprochen worden sein. Es scheint danach, daß Frankreich seinen Widerstand gegen eine provisorische Lösung der Reparationsfragen aufgeben hat. Deutschland soll danach eine internationale Anleihe beabsichtigen, um die Schulden gegenüber Frankreich nach und nach abzulösen.

England.

Nischenaußspernung in England. Die Londoner Mäntel melden, daß die Ausspernung der Mitglieder der 47 Maschinenarbeiterverbände außer: als der Belegschaften des Arbeiterbundes begann, womit die Zahl der Erwerbslosen um 800.000 Mann vermehrt wird.

Die schwedischen Delegierten auf der Genuefer Konferenz sind wie er in Stockholm eingetroffen. Ministerpräsident Branning und der konservative Führer Trygve Brachsen stellten sich ziemlich skeptisch über das voraussichtliche Ergebnis der Konferenz aus.

Anläßlich des Rücktritts der Regierung kam es in Tokio zu großen Demonstrationen für ein neues Wahlrecht. Truppen mußten die Ordnung wiederherstellen.

Eine Scharfrichterfamilie.

Der Henker Ludwig XVI. Die Henkerdynastie der Sanson, in deren Familie sich das Amt des Barifer

Scharfrichters vom Jahre 1688 bis 1847 vom Vater auf den Sohn vererbt, hat in Charles Henri Sanson, der während der Schreckensherrschaft seines grausigen Amtes waltete, ihren berühmtesten Vertreter hervorgebracht. Seine Wehnen bei der Plutal waren zwei seiner Brüder und seine beiden Söhne, von denen sich der eine bei der ersten Hinrichtung des Vaters im Jahre 1778 das Genick brach, als er beim Herumziehen der Gerichteten vom Schafot herunterstürzte.

Charles Henri war nahezu 54 Jahre alt, als er am 21. Januar 1793 zum letzten Male an König Ludwig XVI. seines schaurigen Amtes waltete. Wenn er auch nicht, wie das Volk annahm, ein paar Wochen später an der Erschütterung, die er damals erlitten hatte, gestorben ist, so hat er doch seit der Hinrichtung des Königs nie wieder das Fallbeil in Tätigkeit gesetzt. In seiner Stelle wurde sein Sohn Henri Scharfrichter, als solcher aber erst am 4. September 1793 offiziell angestellt. Der Vater Charles Henri nahm am Tage nach der Exekution des Königs Anlaß, öffentlich dem Gerichte entgegenzutreten, daß der König nicht tapfer gestorben sei.

Das Gerücht war in dem von Dulaure herausgegebenen „Thermometre du Jour“ aufgetaucht, worauf der Volltrecker des Urteils bei dem Herausgeber des Blattes energisch gegen die Unterstellung durch einen Brief protestierte, der mit folgenden Worten schloß: „Um der Wahrheit die Ehre zu geben, muß ich erklären, daß er sich mit einer Kaltblütigkeit und einer Stärke benommen hat, die uns alle in Erstaunen setzte. Ich bin fest überzeugt, daß ihm die Kraft zu dieser Standhaftigkeit aus den religiösen Grundtönen erwuchs, von denen niemand mehr durchdrungen war, als er. Sie dürfen versichert sein, Bürger, daß die volle und ungeschminkte Wahrheit ist.“ Seit 1793 war Henri Sanson (der Sohn) Scharfrichter bis zu seinem Tode, der im Jahre 1840 erfolgte. Sein Sohn und Nachfolger Clement Henri Sanson, der im Jahre 1799 geboren war, blieb nur sieben Jahre im Amt. Er wurde im Jahre 1747 entlassen, weil er so stark verschuldet war, daß er sogar die Guillotine verpfändet hatte.

Heimatliches.

Nastätten, 8. Mai 1922.

Spende. In hochherziger Weise wurde dieser Tage den hiesigen Ortsarmen eine Spende, bestehend aus 5 Sack Haferstroh, 5 Sack amerikanisches Weizenmehl und 2 Kisten Milch, aus Amerika zugefandt. Hoffentlich wird die gerechte Verteilung nicht lange auf sich warten lassen. Den edlen Spendern vielen Dank.

Sport. Der hiesige Sportverein mußte wegen Spielplatzmangel der 1. Mannschaft des Sportvereins Dachshausen absagen. Die 2. Mannschaft trug ein Spiel gegen die 1. Elf von Pohl mit dem Ergebnis 1 : 1 aus. Die Schülermannschaft konnte in Vogel gegen die gleiche des dortigen Vereins einen Sieg von 3 : 0 erringen. Unserem jungen Nachwuchs zu seinem ersten Spiel und Sieg ein kräftiges „Hipp Hipp Hurra!“

Kirchensteuer. Gemäß Bekanntmachung des Preussischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 13. April ds. Js. ist für das Rechnungsjahr 1922 die Kirchensteuer nach dem Maßstabe der gemäß Artikel 2 des Reichsgesetzes vom 20. Dezember 1921 zur Erhebung gelangenden Reichseinkommensteuer für 1921 auszusprechen.

Der Reichsrat befaßte sich mit dem Gesetzesentwurf zur Verlängerung der Pachtsubvention. Nach dem Entwurf sollte die Grenze für Kleinpachtungen, die besonders des Schutzes für würdig erachtet werden, von 2,5 auf 10 Hektar heraufgesetzt werden. Auf Antrag Sachsens, dem sich Preußen anschloß, wurde von der Vollversammlung des Reichsrats die Grenze wieder auf 2,5 Hektar herabgesetzt. Der Gesetzesentwurf soll am 30. Juni in Kraft treten und am 30. Juni 1924 erlöschen. Ein fernerer Antrag, daß auch Verträge über die Pachtung von Jagd und Fischerei dem Gesetz unterliegen sollen, fand Annahme.

Züchtervereinigung für Lahnvieh. Die Züchtervereinigung wurde 1907 ins Leben gerufen und hatte durch Aufstellung von Stationsbullen, Körungen, Schauen und Prämierungen reichliche Erfolge zu verzeichnen. Da kam der Krieg und die Kriegswirtschaft dezimierte das Zuchtmaterial und legte die Arbeiten der Züchtervereinigung vollkommen lahm. Heute, wo überall wieder frisches Leben in allen Zweigen einzudringen versucht, ist es auch an der Zeit, die Züchtervereinigung aus ihrer Ruhe zu wecken und alle zu sammeln, die gewillt sind mitzuarbeiten. Der nassauische Kleinbauer sollte eigentlich der geborene Viehzüchter sein, doch wie trostlos liegen gerade auf diesem Gebiete die Verhältnisse im Augenblick. Zugegeben mag sein, daß die Futternot der letzten Jahre den Landwirt beim Betreten seiner Ställe nicht froh werden ließ, doch alles läßt sich nicht damit entschuldigen. Die bunten Bilder, das Rassendurcheinander und damit, was noch schlimmer ist, das Kreuzen ganz entgegenstehender Rassen wirft unsere Viehzucht noch weiter zurück wie im Jahre 1907 bei der Gründung der Züchtervereinigung. Nach wie vor wird unser Vieh als solcher ganz allgemein bei Lahnvieh bleiben müssen, einmal wegen der vielseitigen Verwendbarkeit und dann, was noch bedeutsamer erscheint, in Anpassung an unsere

Verhältnisse, die bis jetzt immer noch dem Futterbau wenig Spielraum lassen. Die Hälfte jeder Klasse geht durchs Maul“ und „Jedes Tier ist ein Produkt seiner Scholle“, diese beiden Sätze wird jeder unterstehen, der die Bedingungen in Zuchtgebieten kennt, wo andere Rassen heimisch sind. Die Arbeiten sollen beginnen mit der Zählungnahme mit den früheren und Werben von neuen Mitgliedern. Zu diesem Zweck gehen an frühere Vertrauensmänner Mitgliederlisten, die nach den Eintragungen wieder an die Geschäftsstelle zurückgegeben werden. Zum Geschäftsführer ist vom Vorstand Dir. Schmitt-Nastätten gewählt worden und zum Kassierer Adrig-Weisel. Der Mitgliederbeitrag ist seitens des Vorstandes auf 20 Mark festgesetzt. Da von der Landwirtschaftskammer, wie von dem Bezirksverband noch namhafte Beihilfen zur Verfügung stehen, soll schon in diesem Jahr mit weiteren Arbeiten, wie Erziehung von Bullenstationen u. s. w. wie früher begonnen werden. Alle, die gewillt sind, mitzuarbeiten, werden gebeten, sich der Vereinigung anzuschließen, selbst wenn auch im Augenblick das Bild im Stall noch ein recht buntes ist. Der Aufbau unsere Viebestände gehört in den Wiederaufbau unserer Landwirtschaft im Großen und ist ein Teilgebiet im Hilfswerk der Landwirtschaft, für das die Bauernorganisation so warm eintritt mit der Losung „Ernährung des Volkes auf eigener Scholle“.

Banknoten. Recht hohe Ausgaben sind es, die durch die unermüdete Tätigkeit der Notendruckerei in Verbindung mit der Selbstwertung für die Anfertigung der Banknoten erforderlich werden. Im Jahre 1919 hatte die Reichsbank zu genanntem Zwecke rund 26 1/2 Millionen Mark ausgegeben, im Jahre 1920 waren es 37 Millionen und im vergangenen Jahre betragen die Aufwendungen mehr als 262 Millionen Mark. Die Herstellungskosten eines Tausendmarktscheines betragen 1,60 Mark, eines Hundertmarktscheines im Kupferdruck 1,40 Mark und im Buchdruck 40 Pfennig, des Fünfzigmarktscheines im Kupferdruck 1,40 Mark, des Zwanzigmarktscheines 1,10 Mark, und des im Buchdruck hergestellten Zehnmarktscheines 22 Pfennig betragen. Die Kosten der kleinen Abschnitte sind nicht bekannt, jedoch liegt hierbei die Annahme nahe, daß ihre Herstellung bereits einen verhältnismäßig großen Teil des Nennwerts verschlingt.

St. Goarshausen, 9. Mai. Der Ueberfahrpreis auf dem Dampfboot nach St. Goar kostet jetzt für jede Person einschließlich Traglast 2 Mark. Kinder unter 4 Jahre sind frei.

Eltville, 9. Mai. Die Wahl des Herrn Heinrich Nötgen zum Bürgermeister unserer Stadt auf die Dauer von 12 Jahre, ist vom Regierungspräsidenten bestätigt worden.

Flörsheim, 7. Mai. Der „Flörsheimer Anzeiger“, der schon im 22. Jahrgang erschien, hat seit Mittwoch sein Erscheinen eingestellt.

Frankfurt, 9. Mai. Das bisherige Finanzamt ist aufgelöst und in die Finanzämter Frankfurt 1, 2 und 3 geteilt worden.

Weylar, 6. Mai. Hier wurde gelegentlich der Maifeier ein Bebedenkmal eingeweiht. Die Weiberede hielt der Abgeordnete Bernheim. In der ersten Nacht haben Bubenhände von der Tag zuvor enthüllten Bebedenkmal, die neben der Tafel aufgehängten Kränze mit Widmungschriften entfernt und beschädigt. Das Weiblerer Bebedenkmal dürfte unseres Wissens das erste Deutschlands sein.

Hohenfels, 6. Mai. Vor etwa drei Jahren verschwand plötzlich der aus dem Kriege zurückgekehrte Erbarbeiter Johannes Panz im nahen Groß-Altenstädten. Jetzt hat man die stark verweste Leiche, welche recht deutlich eine Schußverletzung am Kopfe trug, in einer Jauchegrube gefunden, über die neuerdings ein Abort gebaut worden war. Verdächtig der Tat ist die Ehefrau, welche hieselbst eingeliefert wurde.

Vermischtes.

Vom Blitz erschlagen. In dem Orte Roedtkle (Lauenburg) hatte ein Krüchlingsgewitter ein schmerzliches Unheil im Gefolge. Vier junge Mädchen, die sich auf freiem Felde befanden, wurden von dem Gewitter überrascht. Ein Blitz schlug in die Mädchenengruppe. Zwei dreizehnjährige Mädchen waren sofort tot, die anderen beiden, die ohnmächtig zusammenbrachen, kamen wieder zu sich und schienen ernstere Schäden nicht erlitten zu haben.

Ein Stapellauf mit Hindernissen. In Steffin sollte der Vulkan-Werft der Doppelschrauben-Fahrgast- und -frachtdampfer „Sierra Nevada“ für den Vaplatas-Dienst des Norddeutschen Lloyd vom Stapel laufen. Kurz vorher enttandene Arbeiterwierigkeiten, die zur Schließung des Werkes führten, verhinderten den vorbereiteten Ablauf. Bei bereits geschlossener Werft ist das Schiff durch die einmütige und tatkräftige Notstandsarbeit der Beamtenschaft glücklich vom Stapel gelassen worden.

Hochofendurchbruch bei Duisburg. In dem bei Duisburg gelegenen Hochfelder Hüttenwerk erfolgte ein Hochofendurchbruch, der von sieben Explosionen begleitet war. Die Arbeiter konnten sich noch rechtzeitig in Sicherheit bringen.

Zugentgleisung in Sangerhausen. Bei der Einfahrt in Sangerhausen entgleiste die Lokomotive des Güterzuges 7855. In demselben Augenblick fuhr der Güterzug 7902 aus. Durch die entgleiste Lokomotive wurde ein Quarteil abgerissen, wobei

ein Schaffner getötet wurde. Zwei weitere Beamte wurden verletzt.

Eisenbahnunglück in der Pfalz. Auf der Strecke Schifferstadt-Böhl ereignete sich ein Eisenbahnunglück durch Entgleisung eines Güterzuges. Mehrere Wagen wurden schwer beschädigt. Nach einer Untersuchung fand ein Tozer und ein Schwerverletzter zu beklagen.

Internationale Justiz. Zu der Verhaftung des Syndikalistenführers Treves durch die Befugungsbehörde in Düsseldorf macht diese jetzt bekannt, daß Treves mit 8 Tagen Gefängnis bestraft worden sei, weil er trotz eines ihm bekannten Verbotes einen Vortrag während der Kundgebung am 20. April gehalten hatte und bei der Vernehmung im Büro des Kommandanten eine „unhöfliche Haltung“ gezeigt habe.

Blutige Maiseier in Mailand. Während der 1. Mai in allen Zentren Italiens ruhig verlief, haben sich an einigen Orten blutige Zwischenfälle ereignet; besonders in der Provinz Padua, wo es bei einem Zusammenstoß zwischen Sozialisten und Kommunisten zwei Tote und einen Schwerverletzten gab, und in Savona, wo bei einem Streit ein Tozer und ein Verletzter liegen blieb.

Folgenschweres Rangierungslück bei Hamburg. Von der Deutschen West in Finkenwärder wurden 30 leere Güterwagen abgelassen. Ein in Bremshäuschen diensttuender Rangierer bemerkte, daß die Strecke nicht frei war und gab dem Lokomotivführer das Haltessignal. Dieser stellte die Maschine sofort auf Halt, konnte aber den Zusammenstoß mit einer anderen Wagenreihe nicht mehr verhindern. Fünf Wagen schoben sich ineinander, während 15 Wagen entgleisten. Dem im Bremshäuschen befindlichen Rangierer wurden beide Beine abgequetscht. Er wurde sofort nach dem Hafenkrankenhaus transportiert, wo ihm das linke Bein amputiert wurde. Der angerichtete Materialschaden soll ziemlich bedeutend sein.

Folgenschwere Wohnungsräumung. Bei einem Kampf mit einer Räumungskommission, die zwei Zimmer des Gastwirts Schmalenberg in Reeb auf Grund eines Gerichtsbeschlusses räumen sollte, wurde Schmalenberg durch einen Polizisten erschossen.

Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Fast alle größeren Zahlungen an die Post — Einzahlungen auf Zahlarten und Postanweisungen, Bezahlung von Wertzeichen, Fernsprechgeldern usw. — können unter gewissen Voraussetzungen bargeldlos durch Reichsbanküberweisungen, Reichsbankchecks, Postüberweisungen, Postchecks, Privatbankchecks und Platzanweisungen beglichen werden. Ueberweisungen und Schecks von Behörden und bestatigte weiße Reichsbankchecks gelten ohne weiteres als Bargeld. Auch sonst werden Zahlarten und Postanweisungen abgehändigt und Wertzeichen abgewandigt, ohne daß die Guthächter abewartet wird, wenn Sicherheit hinterlegt ist oder der Kunde einen bei der Postanstalt schriftlich zu beauftragenden Ausweis erhalten hat. Die Ausweise berechtigen auch zur Einlösung von Nachnahmen und Postaufträgen, wenn die Postaufträge nicht sofort zurück, weiter oder zum Protest zu geben sind.

Gerichtliches.

Das Todesurteil gegen den Heibelsberger Bürgermeistermörder. Das Reichsgericht hat die von dem Eisenbahnschmitt Leonhard Siefert gegen das Todesurteil des Heibelsberger Schwurgerichts eingereichte Revision verworfen. Damit hat das Urteil Rechtskraft erlangt. Siefert hatte, wie erinnert, in Heibelsberg die beiden Bürgermeister Busse und Berner ermordet.

Handel und Verkehr.

Der Gesamtertrag der rumänischen Petroleumgewinnung. Die gesamte rumänische Petroleumgewinnung im Jahre 1921 hat nach einer jetzt vorliegenden Statistik 1.102.000 Tonnen betragen. Die Abgabemöglichkeiten haben sich in den letzten Monaten bedeutend verbessert. Jedoch leidet die Ausfuhr immer noch stark unter den Transportwierigkeiten und dem Mangel an zuständigen Wagen.

Eingefandt.

(Für alle unter dieser Rubrik erscheinenden Artikel übernimmt die Schriftleitung nur die rechtliche Verantwortung.)

Goldhausen, den 8. Mai 1922.

Soweit dem Einsender dieser Zeilen bekannt ist, steht auf den Befehlszetteln, welche auf Antrag den bedürftigen Ortsbewohnern ausgehändigt werden, vermerkt, daß Befehls in Tragtaschen oder mittels Handarren nach Hause zu bringen ist. Hier ist nun ein Fall zu verzeichnen, daß eine solche Familie so glücklich ist, Fuhrwerksbesitzer zu sein, sodaß dieselbe an den bestimmten Tagen ihr Befehls per Wagen nach Hause fahren kann. Sollten die Bestimmungen auf den Befehlszetteln etwa aufgehoben sein? Falls dieselben aber noch bestehen, so schafft vielleicht die zuständige Behörde, veranlaßt durch diese Zeilen, Abhilfe, damit die Bestimmungen der Befehlszettel in Zukunft besser eingehalten werden. Ein Ortsbewohner.

Doppelt sparsam. Ist die echte, gute Pfeiffer & Dillers Kaffee-Essenz. denn sie ist so ergiebig, daß man auf vier Kaffee-Coffel von Bohnen Malz oder Gerste nur einen Coffel braucht und außerdem werden Bohnen oder Gerste dadurch noch viel gründlicher ausgenutzt. Originalname u. Silberpatent zu haben in den Geschäften

Aus aller Welt.

Eine geschmackvolle Hochzeits- chruna. Als kürzlich ein Student der medi- zinschen Fakultät an der Universität Bri- stol namens Golding mit Miss Nord getraut wurde, hatten es sich seine Kommititionen nicht nehmen lassen, ihm eine sonderbare Ebrung zu bereiten. Mit ihren Opera- tionsmitteln angetan, bildeten die Studen- ten in zwei Reihen vor der Kirche Spalier. In den hochgehobenen Händen hielten sie aus der Anatomie mitgebrachte menschliche Schenkelknochen, die sie zu einer Ehren- pforte wölbten, unter der das neuver- mählte Paar hindurchschritt. Vermutlich wollten die geschmackvollen Jungen Leute das junge Paar beim Betreten seines neuen Lebensweges durch das Vorhalten eines Memento mori an die Veranlichkeit alles Irdischen gemahnen.

Aus Bonapartes frühesten Jugend. Gleich nach der Geburt wurde das Kind der Pflege einer gewissen Camilla Mari anvertraut, einer lüchtigen, kräftigen und kerngesunden Frau, die sich des Kleinen mit rührender Liebe annahm. Mit zwölf Monaten begann der Knabe zu sprechen, und mit drei Jahren lernte er seine Eltern durch seine geistige Entwicklung in Staunen mit fünf Jahren wurde er eingeschult. Er besuchte eine katholische Schule, die von dem Abbe Necco geleitet wurde. Nach sechs Monaten konnte das Kind bereits geistlich lesen und schreiben. Mit acht Jahren begann Bonaparte mit dem Studium der lateinischen Sprache. An den Spielen seiner Schulkameraden nahm er nie teil. Immer hochte er in einer Ecke über einem Buch, das er geria verslang. Und wenn er aus der Schule kam, so pflegte er oft auf dem Diamantenplatz in Ajaccio, dem Exerzierplatz der Garnison, stehen zu bleiben, um den Übungen der Soldaten zuzuschauen. Mit fünfzehn Jahren verließ er die Schule der Vaterstadt und ging nach Paris, um in die dortige Artillerieschule einzutreten. Im Jahre 1787 kam er nach Korsika zurück. Er landete in Bastia in der Uniform eines Unterleutnants und meldete sich dienstlich bei Herrn de la Guillaumie, der dort das Amt eines Intendanten versah, um sich eines dienstlichen Auftrages zu entledigen. Der Intendant war über die schlagfertigen Antworten des jungen Offiziers überrascht. Da er annahm, daß Bonaparte den sehnlichen Wunsch hatte, rasch zu seiner Familie zu kommen, so erklärte er ihm, daß er schon am nächsten Tage mit der Post nach Ajaccio reisen könne, eine Liebenswürdigkeit, für die Napoleon mit der Antwort dankte: „Haben Sie es denn so eilig, Herr Intendant, mich aus dieser Stadt zu entfernen, die mir so gut gefällt?“ — „Meinetwegen können Sie in Bastia bleiben, so lange es Ihnen gefällt.“ erwiderte der Intendant äraerlich. Am fol-

genden Tage reiste Bonaparte aber doch nach seiner Vaterstadt ab. Er verbrachte den Urlaub fast stets zu Hause. Hier und da begab er sich in das kleine Landhaus, die Villa Mielelli, die von der Familie Bonaparte erworben worden war, und in der später Napoleons Stiefonkel, der Kardinal Telsch, seine Sommerfrische aufzuschlagen pflegte. Der junge Bonaparte verbrachte den ganzen Tag über seinen Geschichtsbüchern. Das Leben Alexanders des Großen und Caesars Kommentare waren seine Lieblingsbücher. Im Jahre 1790 wurden in Ajaccio zwei Bataillone Nationalgarde gebildet; Bonaparte wurde zum Kommandeur des 2. Bataillons ernannt.

Die Sprache der Toten. Wenn man einen Menschen tot auffindet, so kann man in den meisten Fällen aus der Lage des Körpers Schlüsse ziehen, ob ein natürlicher Tod vorliegt oder nicht. Wenn die Totenstarre eintritt, so bleibt der Körper in der Stellung, die er im Augenblick des Todes gehabt hat. Ein englisches Blatt erinnert an den bemerkenswerten Fall des Lord William Russell, der im Jahre 1840 von Courvoisier ermordet wurde. Hier stellte man fest, daß sich die eine Hand des Toten fest um die Bettdecke krampfte, während die andere ausgestreckt war, als ob sie einen Schlag gegen jemand führte. Daran schloß man, daß jemand den Lord mit Gewalt gezwungen habe, Gift zu nehmen, und daß nicht, wie man erst angenommen hatte, Selbstmord vorlag. Die Haltung der Hand bietet oft, wie jeder Gerichtsarzt aus seiner Praxis weiß, einen Gegenbeweis gegen Selbstmord. Ebenso kann man sehr wohl bei einem Toten, der eine Schußwunde aufweist, sehen, ob die Todeswunde nachträglich dem Toten in die Hand gelegt worden ist oder nicht. Ein solcher Fall, der sich 1844 in England ereignete, ist in dieser Beziehung besonders bemerkenswert und wird noch heute als Beispiel für die englischen Juristen herangezogen, die sich der Gerichtspraxis widmen. Mary Sackville, Gattin eines hohen Beamten, war tot aufgefunden worden, mit einem scharf geschliffenen Rasiermesser in der Hand und einer klaffenden Wunde am Halse. Ihr Mann war ganz verzweifelt und erklärte, er könne den Grund ihrer Tat nicht verstehen, da ihre Ehe immer sehr glücklich gewesen sei. Die Leichenbeschauer waren gerade im Begriff, ihren Spruch auf Selbstmord als Todesursache abzugeben, als einer der Ärzte darauf hinwies, daß sich nicht ein einziger Tropfen Blut auf der Hand der Toten finde, was unbedingt hätte der Fall sein müssen, wenn die Hand der Toten selbst das Messer geführt hätte. Man nahm eine gründliche Untersuchung vor, und dabei zeigte sich, daß das Messer nur ganz locker in der Hand der Toten lag. Sackville wurde einem neuen Verhör unterzogen und gestand schließlich, daß er seine Gattin ermor-

det habe. Er wurde zum Tode verurteilt und 1845 darauf in St. Baily gehängt.

Ein ahnungsloser Wohlthäter. Die Gewohnheit, laut vor sich hinzusprechen, war eine Absonderlichkeit des Professors an der Universität Upsala W. E. Soedelins. Oft in Anspruch genommen wegen seiner für Studenten immer offenen Hand, war er wieder einmal von einem gänzlich abgebrannten Studiosus angestrichelt worden. In Schreibstube vertieft, ließ er sich, als er den Eintretenden bemerkte, gar nicht hören, sondern schimpfte bloß vor sich hin: „Da ist der Lump schon wieder da, um Geld zu haben, aber Grobheiten soll er mir dafür zu hören kriegen!“ Der Student, der seine Hoffnungen nur auf 10 Kronen gespannt hatte, war natürlich selig, hat fast also gleich um 50 Kronen und steckte die beigefügten Grobheiten mit sichtbar Zerknirschung ein. — Auch einem Prüfling sollte das laute Denken zum Glück gereichen. Ratlos stand er all den an ihn gerichteten Fragen gegenüber. Durchfallen schien unvermeidlich. Da murmelte Soedelins ärgerlich: „Jetzt stelle ich mir noch eine Frage. Weiß er aber nicht, daß Gustav Adolf am 6. November 1632 gestorben ist, so lasse ich ihn heillos durchplumpsen. Können Sie mir jagen, wann Gustav Adolf gestorben ist?“ — Der Kandidat hatte be- standen.

Wässartige Vermächtnisse. In einer Stadt des südlichen Englands starb kürzlich ein reicher Hausbesitzer, der sein gesamtes Vermögen zwischen entfernter Verwandte und der Schwester, die ihn in seiner Krankheit gepflegt hatte, verteilt hatte. Der eigenen Gattin vermachte er einen einzigen Schilling mit der menschenfreundlichen letztwilligen Verfügung, sich für das Geld einen Strich zu kaufen. Zur Begründung dieser Testamentsbestimmung führte er an, daß ihn die lebenswürdige Ehegatte das ganze Leben lang nur den „alten Schweinehund“ tituliert hatte. Die englischen Blätter weisen bei der Gelegenheit darauf hin, daß derartige, kleinlichem Rahegefühl entspringende Testamentsklauseln in England durchaus nicht zu den Seltenheiten gehören. So hatte erst vor kurzem ein Bürger von Bingham seinem Sohn einen Schilling mit der ausdrücklichen Bestimmung vermacht, seiner Gattin, der Schwiegertochter des Verstorbenen, für das Geld einen Hausstrich zu kaufen. Das Wertwürdige dabei ist, daß die Frau in Ausführung dieses Winkes mit dem Raupstrich dem Verstorbenen wirklich den Gefallen tat, sich an dem Strich, den ihr der pietätvolle Gatte gekauft hatte, aufzuhängen. Ein anderer dieser sonderbaren Erblasser hatte bestimmt, daß seiner Frau ein 2 Pence enthaltender Brief unfrankiert überhandt werde. Er hatte damit erreicht, daß die

Frau nicht nur das Strapporto bezahlen, sondern noch eine Geldstrafe erleiden mußte, weil es verboten ist, Münzen in einem gewöhnlichen Briefe zu verpacken.

Eine klassische Familie. In dem kleinen, in der englischen Grafschaft Surrey gelegenen Städtchen Mitcham lebt ein biederer Rentier namens Hubble, der auf die Vornamen Marcus Brutus hört, was zu seinem vulgären Familiennamen (Hubble) passen will. Gleichwohl hat er darauf gehalten, seine beiden Söhne auf die klassischen römischen Namen Marcus Caelius Cornelius und Brutus Caelius Caelius lassen. Der Familientradition folgend, hat auch sein ältester Sohn ein Abriens genannt und seinen ältesten Sproßling Marcus Aurelius Hippolytus genannt. Damit aber nicht genug, hat es der ältere Herr Hubble durch sein Verben für klassische Namen auch dahin gebracht, daß seine Brüder und Schwestern seinem Beispiel gefolgt sind. Demzufolge findet man im Familientreibe der Hubbles die folgende Namensliste: Marcus, Cajus, Horatio Pericles, Plato Cornelius, und unter den weiblichen Mitgliedern prunten die Namen: Ophelia Desdemona, Laura Augustina und Octavia. All diese Herrschaften haben in ihrer Unwissenheit übrigens keine Ahnung, wer ihre Verwandten eigentlich sind. Die Familie Hubble bildet aber nicht die einzige Ausnahme; sie hat vielmehr so erfolgreich Schule gemacht, daß man im Adreßbuch von Mitcham außer dem Mitglied des Parlaments Dr. Cato Sossford, den die Stadt in das Unterhaus entsandte, noch einen Hausierer Julius Cäsar Smith, sowie eine Agrippa Manley und einen Kenophon Bills verzeichnet findet.

Unterhaltsbeiträge für uneheliche Kinder. Umtlich wird mitgeteilt: Von einem Stadtverbande ist darauf hingewiesen worden, daß die zurzeit von den Gerichten für uneheliche Kinder festgesetzten Unterhaltsätze oft nicht dem Bedürfnis entsprechen und bedeutend hinter den Sähen zurückbleiben, welche den Beamten und Staatsarbeitern als Kinderausgänge zuteilchen! Infolgedessen erludt der preussische Minister für Volkswohlfahrt diejenigen Amtsstellen (Polizeiverwaltungen, Magistrats-, Wohlfahrts- und Jugendämter), welche berufen sind, den Gerichten Gutachten über die Höhe der für uneheliche Kinder zu entrichtenden Unterhaltsbeiträge abzugeben, sowie die kommunalen Berufsvormundschäften hiervon in Kenntnis zu setzen, damit bei der Abgabe von Gutachten sowie der Geldendmachung von Unterhaltsansprüchen der fortschreitenden Geldentwertung Rechnung getragen wird. Den Berufsvormündern wird zu empfehlen sein, in Klagen gegen uneheliche Väter Unterhaltsrenten nur unter Vorbehalt späterer Erhöhung zu beanspruchen.

Danksagung.

Für die überaus zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme während der Krankheit und beim Hinscheiden unsrer teuren Entschlafenen

Frau Franziska Strobel

sagen wir Allen herzlichsten Dank. Besonderen Dank dem Militärverein, dem Kirchenchor, den Beamten der Kleinbahn, Herrn Pfarrer Kochem, sowie den Kranz- und Messespendern.

Die trauernd Hinterbliebenen.

Nastätten, den 8. Mai 1922.

S. R. A 37/1.

Bekanntmachung.

In unser Handelsregister Abteilung A ist heute unter Nr. 37 die Firma Robert Lenz, Nastätten und als deren alleiniger Inhaber der Uhrmachermeister Robert Lenz in Nastätten eingetragen worden. Der Ehefrau Robert Lenz Elisabeth geb. Hehner in Nastätten ist Procura erteilt.

Nastätten, den 4. Mai 1922.

Preuß. Amtsgericht.

Öffentliche Zahlungs-Aufforderung.

Am 15. Mai ds. Js. wird die 2. Rate der vorläufigen Einkommensteuerschuld für das Kalenderjahr 1922 fällig. Die vorläufige Steuerschuld für 1922 bestimmt sich nach der in dem endgültigen Steuerbescheid für das Rechnungsjahr 1920 angeforderten Steuerschuld.

Die Steuerpflichtigen werden aufgefordert, bei Vermeidung des Beitreibungsvorfahrens und der damit für sie verbundenen Kosten, die Steuerschuld unverzüglich zu entrichten.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß folgende Einkommensteuerschulden bis jetzt bereits entrichtet sein müssen:

Die endgültige Steuer für 1920, die vorläufige Steuer für 1921 (in Höhe von 3/4 der endgültigen Steuer von 1920), sowie die erste Rate der vorläufigen Steuerschuld für 1922. Steuerbeträge, die bis zum 15. Mai ds. Js. nicht gezahlt sind, werden zwangsweise beigetrieben.

Durch die Einlegung eines Rechtsmittels wird die Wirksamkeit des Steuerbescheides nicht gehemmt, insbesondere die Erhebung der angeforderten Steuer nicht aufgehalten.

St. Goarshausen, den 5. Mai 1922.

Das Finanzamt.

Lokomobilen

fahrbar in allen Größen, auch ganze Drehgarnitur, falls gut erhalten, sofort zu kaufen gesucht. Angebote an G. Henninger, Auerbach (Hessen).

Warnung!

Auf dem Garten-Grundstück der Apotheke ist Gift gelegt. Döhmer, Apotheker.

- Möbelbeschlagn Zapfenbänder Schrankfischen Stuhlätze Belgische Brocken Zapfensägen Sargbeschlagn Sägeblätter Glaspapier Tischfüße Bettfüße Schrankfüße zu sehr günstigen Preisen.

G. Zigges, Nastätten

Zahnbürsten

in allen Preislagen Apotheke in Nastätten.

Frische Seefische

direkt vom Küstenanflugh, kommen Donnerstag und Freitag zum Verkauf; garantiert gute Qualität in Eis. Konditorei Ackermann, Nastätten - Telefon 78.

Hans Jehle, Lord im Rheingau Weingutsbesitzer - Weingroßhandlung. Empfehle: Weiß- und Rotweine bis zu den feinsten Ereszenzen in Flaichen und Gebinden. Zweigniederlassung: Fritz Hehner, Nastätten, Rheinstr. 28.

Grubensand und -Ries! Naturrote und silbergraue Falz-Ziegel empfiehlt Baugeschäft Jakob Hehner Nastätten. Tabakpflanzen Kopf-Salat empfiehlt Gärtnerei Ackermann Niehlen.

Tongers Musik-Bücherei Dreiband 17-19 soeben erschienen! Die Klassiker d. deutschen Musik von Walther Nohl (Preis Mk. 28.80 einschl. sämtl. Teuerungszuschläge) In diesem Werke wird nicht nur in lebensvoller Darstellung das Bild unserer großen klassischen Meister gezeichnet, wir lernen sie auch in ihrem Werdegang als Schöpfer der musikalischen Höhepunkte und in ihrer Einwirkung auf die Nachwelt verstehen. Zu haben in der Müllerschen Buchhandlung in Nastätten.

Meine Frau war über 50 Jahre mit einer Gählechen Flechte bedeckt. Mein gefundes Flechten hatte sie auf dem Leibe. Durch Zucker's Patent-Medizin-Selbe wurden die Flechten in 8 Wochen beseitigt. Diese Seife ist Tausende wert. C. D. Dazu Zuckooch-Creme (nicht fettend und fetthaltig). In allen Apotheken, Drogerien u. Parfümerien erhältlich.

Sport-Verein e. V. Nastätten 08. Dienstag, den 9. Mai 1922, abends 8 Uhr

Beisprechung über Familienabend und Sportfest in Bechteln im Gasthaus „Zur Bille“. Für alle, die sich hieran beteiligen, ist Erscheinen erforderlich. Der Vorstand.

5 Dachdecker sucht Rudolf Kessel Nachf. Carl Kessel Dffenbach a. Main.

Ein selbständiger Schmiede-Geselle und ein Schmiedelehrling können sofort eintreten. Wagner & Co. Nastätten.

Obstbäume pflöpft um R. Schnell, Nastätten. Sensen, Sichern Schlotterfässer empfiehlt E. Knoche, Nastätten (gegenüber Kaufhaus Schenk).